

Verwaltung hinkt Bürgerwünschen hinterher

[19.09.2018] Laut einer Umfrage des Digitalverbands Bitkom will die Mehrheit der deutschen Bürger Online-Verwaltungsangebote nutzen, ihre persönlichen Daten aber nicht zwischen den Behörden austauschen lassen.

Die große Mehrheit der deutschen Bürger wünscht sich eine digitale Verwaltung und würde Online-Verwaltungsangebote gerne nutzen. Das teilt jetzt der Nationale Normenkontrollrat (NKR) mit und beruft sich dabei auf eine Umfrage im Auftrag des Digitalverbands Bitkom unter mehr als 1.000 Befragten ab 14 Jahren. „Die Bundesregierung muss endlich aktiv werden“, sagt Bitkom-Hauptgeschäftsführer Bernhard Rohleder. „Anstehen auf dem Amt und aufwendiger Papierkram bei der Beantragung von Dokumenten und Sozialleistungen machen unser Leben unnötig kompliziert. Im Digitalen Staat erledigen wir Behördengänge schnell im Netz und bequem vom Wohnzimmer aus.“

Die Umfrage zeigt laut NKR aber auch, dass 59 Prozent der Bürger nicht wollen, dass ihre persönlichen Daten zwischen den Behörden ausgetauscht werden. Das Onlinezugangsgesetz (OZG) werde damit vor erhebliche Herausforderungen gestellt. „Wir erleben hier einen seltsamen Widerspruch zwischen dem, wie Bürger mit ihren persönlichen Daten in privaten Netzwerken wie Facebook und Instagram umgehen, und ihrer Bereitschaft, der Verwaltung Daten zu überlassen, um Verwaltungsprozesse in ihrem eigenen Interesse zu beschleunigen“, sagt der NKR-Vorsitzende Johannes Ludewig. Das so genannte Once-Only-Prinzip, nach dem der Bürger Daten nur einmal an eine staatliche Stelle geben muss, könne nur erreicht werden, wenn hier ein entsprechendes Vertrauen in die Behörden entsteht. „Die bestehenden öffentlichen Register müssen so organisiert werden, dass der Bürger jederzeit die Hoheit über seine Daten hat und die Behörden gleichzeitig effizient zusammenarbeiten können. Wenn wir es ernst meinen mit den digitalen Bürgerdiensten, dann müssen wir das Tempo hier jetzt deutlich erhöhen.“

(ve)